

Kulturbericht

Die unheimliche Spannung, die während des Winters auf unserem Kulturleben lastete, hat sich in den Frühlingmonaten nicht gelöst. Ihr Druck ist im Gegenteil an einigen Punkten bedrohlich gewachsen. Doch ist auch von starken Kräften zu berichten, die unverdrossen an der Arbeit sind, das drohende Unheil aufzuhalten.

I.

Der Atheistenkongreß der Bolschewiken hat von neuem gezeigt, daß die Religion nicht bloß durch staatliche Machtmittel und grobe Verhöhnung bekämpft werden soll, sondern daß es um planmäßige Verbreitung einer verstandesmäßig aufgebauten religionslosen Weltanschauung geht. Man hat das in Rußland schon seit längerer Zeit auch dem einfachen Manne gesagt. Auf dem für Arbeiter und Bauern bestimmten Abreißkalender des Moskauer Staatsverlages stand am 7. Juni 1931: „Atheist sein heißt nicht bloß, die Grundlagen seines Atheismus kennen, sondern auch imstande sein, sie seiner Umgebung klarzumachen. Der Atheismus ist ja durchaus nicht so etwas wie ein Glaube.“ Daher vermittele die atheistische Aufklärungsarbeit Belehrung über den Aufbau der Welt, die Entwicklung des Lebens, die Entstehung der Religion, die Herkunft und die Ausbreitung des Christentums, die Verwendung der Religion zur Unterdrückung des arbeitenden Volkes durch die besitzenden Klassen. Für diese atheistische Schulung seien in zahlreichen Vereinen und Betrieben eigene Zirkel eingerichtet. Die tiefere Durcharbeitung der Fragen geschehe in atheistischen Seminarien und Hochschulkursen, besonders aber in den „antireligiösen Universitäten“ und den „antireligiösen Fakultäten der Arbeiteruniversitäten“. Für antireligiöse Universitätsvorlesungen sei auch Verbreitung durch Brief und Radio vorgesehen. Nähere Auskunft erhalte man vom örtlichen Sowjet, nötigenfalls von der Zentrale in Moskau. — Es ist klar, daß auf diese Weise, zumal unter den jüngeren Leuten, allmählich viele die atheistischen Gedankengänge übernehmen werden; aber gerade die besseren Köpfe erzieht man durch die Kritik an der Religion auch zur Kritik am Atheismus, und so wird schließlich die Wahrheit nicht ohne Gewinn aus dem Kampfe hervorgehen. — Vgl. diese Zeitschrift, April 1931, S. 56—63.

Wilfrid Parsons S. J., Herausgeber der Newyorker Wochenschrift „America“, hat eine mehrwöchige Reise durch Mexiko gemacht und berichtet darüber in den Lieferungen vom 21. März bis zum 11. April. Die katholische Kirche befindet sich, trotz des sog. Friedensschlusses, noch immer in sehr schwieriger Lage. „Die Wahrheit ist, daß die kirchenfeindliche Richtung mit ihrem Programm der Laisierung gesiegt hat. Meinungsverschiedenheit herrscht unter den mexikanischen Katholiken nur darüber, ob die Unterwerfung unter dieses Programm schon eine Anerkennung seiner Grundsätze bedeutet, oder ob man die tatsächlich gegebenen Verhältnisse hinnehmen, so gut wie möglich ausnützen und dabei hoffen darf, eine starke „Katholische Aktion“ werde langsam die Schäden wieder ausmerzen. Die zweite Ansicht wird von den Bischöfen unter Führung der Erzbischöfe Díaz und Ruiz vertreten; dagegen wünschen viele Laien und einige Priester in ihrem lebhaften Gefühl für alspanische Überlieferung noch immer den Kampf gegen eine Regierung, die ein katholisches Land so verwalten will, als wäre man in einem Staate, der neutral sein muß, weil er sich verschiedenen Religionen gegenübersteht“ (28. März, S. 594 f.). Die Ausführung der kirchenfeindlichen Gesetze ist je nach der Gesinnung der Gouverneure in den einzelnen Bundesstaaten bald streng, bald nachlässig. Die italienischen Salesianer haben ihr großes Kolleg in Guadalupe, die französischen Maristen das ihre in der Hauptstadt Mexiko nie zu schließen brauchen. Stellenweise werden religiöse Abzeichen und Lieder in der Volksschule oder die eben-

falls verbotene priesterliche Kleidung auf der Straße unbehelligt gelassen. Anderswo muß ein Bischof noch jetzt sein Amt außerhalb seines Sprengels führen, weil er in seinem Staate nicht tätig sein könnte, ohne verheiratet zu sein (11. April, S. 14). Der Priesterangel ist außerordentlich groß, und die Seminare sind bitterarm. Eine Gruppe von Mädchen, die früher Patronen und Bomben für die katholischen Freiheitskämpfer machte, sammelt nun Geld für bedürftige Studierende der Theologie (4. April, S. 619 f.).

In Italien sind die Beziehungen zwischen Staat und Kirche durch den vom katholischen Standpunkt aus unerfüllbaren Anspruch der Faschistenpartei auf Alleinherrschaft schwer gestört worden. Die Regierung hatte die „Katholische Aktion“ als einzigen nicht-faschistischen Verein durch das Konkordat ausdrücklich anerkannt, weil dieser Verein sich in keiner Weise politisch betätigte. Nun wollte der Faschismus darin, daß die „Katholische Aktion“ ihre Mitglieder für die Verwirklichung katholischer Grundsätze auch im öffentlichen Leben schult, eine politische Betätigung erblicken, während doch in Wirklichkeit die theoretische und praktische Einführung der Katholiken in die Pflichten, die ihnen ihr Glaube für die Beteiligung am staatlichen Leben vorschreibt, ohne Zweifel zu den religiösen Aufgaben der Kirche gehört. Wenn eine augenblicklich an der Regierung befindliche Partei dieses Recht der Kirche und des katholischen Gewissens nicht achtet, so rüttelt sie nach den einleuchtenden Worten des Papstes nicht bloß an den Grundlagen der Kirche, sondern an den Grundlagen menschlicher Freiheit und Gerechtigkeit.

Einen gerade heute wieder besonders wichtigen Teil der italienischen Vergangenheit beleuchtet ausführlich und kritisch P. Tacchi Venturi S. J. In zwei großen Teilen, deren zweiter Urkunden und Register enthält, legt er die zweite, stark vermehrte und umgearbeitete Auflage des ersten Bandes seiner „Storia della Compagnia di Gesù in Italia“ vor (Rom 1931, Civiltà Cattolica). Der Band schildert ausschließlich das kirchliche Leben Italiens um die Mitte des 16. Jahrhunderts, also die religiösen und sittlichen Zustände am päpstlichen Hofe, in der hohen und niederen Geistlichkeit und in den männlichen und weiblichen Klöstern, die Formen des Gottesdienstes, der Seelsorge und der Wohltätigkeit, die Pflege der theologischen Wissenschaften und das Eindringen des Protestantismus.

Nach dem Vorgange der anglikanischen Lambethkonferenz hat in der Frage der Geburtenbeschränkung ein „Auschuß für Ehe und Familie“, den die Gesamtvertretung der protestantischen Kirchen Nordamerikas (Federal Council of the Churches) eingesetzt hatte, mit 22 von 28 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: „Wie immer schließlich entschieden werden mag, der Auschuß ist durchaus der Meinung, daß die Kirche ihre Ansicht über den Gebrauch der Mittel zur Empfängnisverhütung den Gläubigen weder durch ein Gesetz noch durch sonstige Zwangsmittel in verpflichtender Weise vorlegen soll; namentlich sollte sie keinen Versuch machen, den Ärzten zu verbieten, daß sie derartigen Rat denen erteilen, die nach den im ärztlichen Beruf geltenden Anschauungen ein Recht darauf haben.“ — Mehr Zurückhaltung gegenüber solchen Lockereversuchen zeigte nach einem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ (30. Mai 1931, Reichsausgabe) die Frankfurter Tagung der „Deutschen Gynäkologischen Gesellschaft“. Unter großem Beifall bedauerte Geheimrat v. Franqué-Bonn, daß so viele Redner von der ethischen Seite der Frage abgesehen hätten. Durch Freigabe der Geburtenverhütung werde die ohnehin bedenklich angewachsene sittliche Unbeherrschtheit noch größer. Die Gesellschaft für Gynäkologie dürfe diesen abschüssigen Weg nicht betreten. Nach lebhafter Aussprache nahm die Tagung folgende Richtlinien an: „Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie anerkennt die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Sie verlangt jedoch, daß diese Stellen nur von solchen Ärzten, die sich auch ihrer Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes bewußt sind, nach ärztlichen Grundsätzen geleitet werden. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie legt ganz be-

sonders Verwahrung dagegen ein, daß solche Beratungsstellen zu Einrichtungen herabgewürdigt werden, die nur der Verbreitung antikonzptioneller Mittel dienen sollen."

Aus der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ übernimmt die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ (10. April 1931, Sp. 355) eine Berechnung der Ehescheidungen in Europa. Bekanntlich ist nach dem Weltkriege die staatliche Ehescheidung in Österreich und erst recht in Rußland wesentlich erleichtert worden. Deshalb weisen diese beiden Länder weitaus die höchsten Zahlen auf: in Österreich kamen im Jahre 1929 auf 100 000 Einwohner 89,6 Scheidungen; in Rußland waren es im Jahre 1927 sogar 305,7. In weitem Abstände folgen für das Jahr 1929 die Schweiz mit 67,5, Dänemark mit 66, Deutschland mit 61,6, Frankreich mit 47,1, die Tschechoslowakei mit 36,9, Schweden mit 34,7, Belgien mit 29,5. Dagegen ist die Ziffer für Schottland 10,6, die für England und Wales 8,6. Freilich waren die entsprechenden Zahlen im Jahre 1913 für Schottland 5,2, für England und Wales nur 1,6. Auch sonst zeigt ein Vergleich zwischen 1929 und 1913, daß die Ehescheidungen überall stark zugenommen haben, oft um das Doppelte und mehr; in Deutschland kamen 1913 auf 100 000 Einwohner 27,9 Ehescheidungen, in Österreich 11,4, in Belgien 15,8.

Das am 15. Mai 1931 unterzeichnete Weltrundschreiben des Heiligen Vaters über die „gesellschaftliche Ordnung“ (Quadragesimo anno) gibt eine Rückschau auf die Wirkungen der von Leo XIII. vor vierzig Jahren erlassenen sozialen Enzyklika (Rerum novarum), klärt die Meinungsverschiedenheiten, die über einige Teile dieser Enzyklika entstanden sind, führt ihre Gedanken im Geiste der überlieferten Kirchenlehre weiter und zeigt, in welcher Weise die der heutigen Gesellschaft sowohl vom Kapitalismus wie vom Sozialismus drohenden Gefahren durch eine neue, auf christliche Gerechtigkeit und Liebe gegründete Ordnung überwunden werden müssen. Als höchstes irdisches Ziel der Einzelbetätigung und der Gemeinschaftsarbeit wird das Gemeinwohl aller Menschen aufgestellt. Alles in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist so einzurichten, daß es zu einem Fortschritt, nicht zu einem Rückschritt des menschlichen Gemeinschaftslebens führt. Soweit es zu diesem Zwecke erforderlich ist, aber nicht weiter, muß die persönliche Freiheit im Erwerbsleben eingeschränkt werden. Das Grundübel der heutigen Wirtschaftsordnung ist ihr Aufbau vom Markt aus; denn der Markt entzweit Arbeitgeber und Arbeitnehmer, statt sie zum Gemeinwohl zu vereinen, wie es in einer Gesellschaft möglich wäre, die sich nach Berufen, also nach der Stellung nicht zum Markt, sondern zum Ganzen der Gesellschaft gliederte. Verurteilt wird der Kapitalismus insofern, als er seine wirtschaftliche Macht in unchristlicher und gemeinschädlicher Weise zu Gunsten weniger Einzelpersonen ausnützt, der Sozialismus insofern, als er von seinen materialistischen Grundanschauungen aus die Freiheit übermäßig bindet.

Obgleich im Rundschreiben Beziehungen auf die in den letzten Jahren scharf umstrittenen Wirtschaftsfragen wie auf die besonderen Verhältnisse einzelner Länder deutlich sichtbar werden, bleibt naturgemäß in der wissenschaftlichen Durchdringung des umfangreichen Aktenstückes und vor allem in der Anwendung der Richtlinien auf die mannigfaltige und rasch wechselnde Wirklichkeit eine kaum minder schwere Arbeit zu tun als vor vierzig Jahren nach der Enzyklika Leos XIII. Während man von kapitalistischer Seite bereits Unzufriedenheit über die nachdrückliche Betonung des Gemeinschaftsgedankens äußerte, suchte man aus den Worten über den Sozialismus eine Verurteilung der katholischen Mitglieder und Wähler der englischen Arbeiterpartei herauszulesen. Deshalb erklärte Kardinal Bourne in einer großen Rede in Edinburgh, deren Text am 19. Juni in „Catholic Times“ erschien, jeder Katholik habe die Freiheit, Konservativer, Liberaler oder Arbeiterparteilicher zu sein, denn keine dieser drei britischen

Parteien stehe auf „ausgesprochen unchristlichem“ Boden, obgleich in allen katholikenfeindliche Mitglieder seien. Der Katholik müsse sich also vor ihrem verkehrten Einfluß hüten und „kein Bedenken tragen, das Recht seiner Überzeugung frei und mutig zu vertreten“. Das hätten katholische Arbeiterparteieler noch kürzlich in vorbildlicher Weise getan.

Daß auch unter den deutschen Katholiken die Treue zur sozialen Führung der Kirche noch lebendig ist, beweist ergreifend ein Bericht des Reichstagsabgeordneten Joos über die römische Jubelfeier der Enzyklika *Rerum novarum* („Kölnische Volkszeitung“ Nr. 244, 23. Mai 1931). Die Vorstände der katholischen Arbeitervereine hätten wegen der schweren Wirtschaftslage anfangs Bedenken getragen, zur Teilnahme an der international organisierten Romfahrt aufzurufen. Aber es sei anders gekommen: „Arbeiter und Arbeiterinnen, kleine Angestellte und Eisenbahner, denen sich von Stadt und Land einige andere angeschlossen haben mochten, haben uns eines Besseren belehrt. Sie rafften ihre spärlichen Mittel zusammen, weiß Gott woher. Erwerbslose Werkjugend brach auf, um zu Fuß über die Alpen und hinunter nach Rom zu wandern. Wir trafen sie sonnverbrannt in den Straßen der Ewigen Stadt... Jubelnd trugen stämmige Arbeiterjungen das Schwarz-rot-gold mit Kreuz und Hammer über den Petersplatz, in den großen Dom, hinauf zum Damasushof. Es dröhnte der Vatikan unter der Wucht ihres Sturmganges: Heil'gem Kampf sind wir geweiht, Christus, Herr der neuen Zeit!“ — Vgl. diese Zeitschrift, Mai 1931, S. 146—148.

Für die politische Schulung der katholischen Jugend in Deutschland sind die Richtlinien von Bedeutung, die der „Katholische Jungmännerverband Deutschlands“ durch den Reichsvorstand und das aus sämtlichen Diözesanpräsidien bestehende Generalpräsidium aufgestellt hat. Da der Verband in 28 Bistümern rund 4700 Vereine mit 400 000 Mitgliedern zählt, von denen etwa 100 000 im wahlfähigen Alter stehen, ist es klar, daß einheitliche politische Bildung im katholischen Geiste hier notwendig, aber nicht leicht ist. Fünf Leitsätze sollen streng festgehalten werden: 1. Der Verband hat das Recht, seine Mitglieder für die politische Arbeit vorzubereiten; parteipolitische Erziehung ist aber Sache der parteipolitischen Jugendorganisationen, nicht des Verbandes. 2. Der Verband hat das Recht, „für oder gegen politische Parteien oder Bewegungen aus Gründen des Glaubens in Übereinstimmung mit dem Episkopat“ Parolen auszugeben. 3. Der Verband hat das Recht, „in volkspolitischen und kulturpolitischen Fragen“ Stellung zu nehmen. 4. Der Verband ist keiner politischen Partei angeschlossen, hält aber seine Mitglieder von Parteien fern, „die seiner katholischen Grundhaltung widersprechen“, und verlangt „persönlichen Einsatz im politischen Leben in einer unsern Grundsätzen entsprechenden politischen Partei“. 5. Volkspolitische Kundgebungen, die der Verband im Sinne des dritten Leitsatzes allein oder mit andern Organisationen veranstaltet, sind „in der Form zu unterscheiden von parteipolitischen Kundgebungen“.

In Frankreich wird seit längerer Zeit, namentlich in katholischen Kreisen, um die Einheitschule (*École unique*) lebhaft gestritten. Damit ist nicht etwa eine Unterdrückung der Privatschulen (*Écoles libres*) gemeint, die gerade eine Jahrhundertfeier begehen. Im Gegenteil waren am 10. März 1931 alle im Parlament abgegebenen Stimmen (405) für „die Aufrechterhaltung der Unterrichtsfreiheit, die eines der Grundgesetze der Republik ist“. Tatsächlich ist diese Freiheit in der Verfassung ausgesprochen, und darauf stützten sich Lacordaire, De Montalembert und De Cour, als sie am 9. Mai 1831 in Paris (Rue des Beaux-Arts) die erste „freie Schule“ eröffneten. Freilich fand dieses Vorgehen erst im Jahre 1850 durch die Loi Falloux die gesetzliche Bestätigung. Die jetzt angestrebte „Einheit“ soll den Unterschied aufheben, daß die Reichen ihre Kinder in die höheren Schulen schicken können, die Armen in der Regel nicht. Der Staat will nämlich den Besuch seiner höheren Schulen (*Écoles secondaires*)

unentgeltlich machen. Dadurch scheint manchen der Bestand der höheren Privatschulen, die ja auf Schulgeld nicht verzichten können, ernstlich bedroht. Gegen diese Bekämpfer der Einheitschule haben in der Pariser Monatschrift „La Nouvelle Revue des Jeunes“ (Mai 1931) 25 führende Katholiken — hauptsächlich Professoren der katholischen Universität Lille und Mitglieder verschiedener Lehrorden — eine ausführlich begründete Erklärung veröffentlicht. Der Staat könne in seinen Schulen die Unentgeltlichkeit des höheren Unterrichts leicht durchführen, da er schon jetzt fünf Sechstel der Kosten trage, und da für zwei Klassen neulich das Parlament beschlossen habe, auch das letzte Sechstel auf den Staat zu übernehmen. Die Möglichkeit vorausgesetzt, sei es aber „eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit“, den Besuch höherer Schulen von der Fähigkeit der Schüler und nicht vom Wohlstand ihrer Eltern abhängig zu machen. Die unheilvolle Kluft zwischen den Ständen werde dadurch wirksamer überbrückt. Für das Fortbestehen der freien Schulen brauche man trotzdem nicht zu fürchten. Denn die Eltern, die dort schon jetzt zwei oder dreimal mehr bezahlen, als wenn sie ihren Sohn in eine staatliche Schule schickten, hätten ja dieselben Gründe für ihre Auslagen auch dann, wenn der Besuch der staatlichen Schulen unentgeltlich wäre. Da aber jede freie Schule dem Staate einen Teil seiner Erziehungsauslagen erspare, so wäre es nur gerecht, daß sie staatlich unterstützt würde, um auch eine Anzahl von Kindern ärmerer Eltern aufnehmen zu können. Das geschehe bereits bei drei nicht kirchlichen Anstalten in Paris, dem Collège Sainte-Barbe, der École Alsacienne und dem Collège Sévigné. Wollte man diese Hilfe den katholischen Schulen verweigern, so bewiese man damit eine religionsfeindliche Gesinnung, gegen die sich doch die Befürworter des neuen Schulgesetzes verwahrten. Alle Katholiken sollten daher geschlossen an der Verwirklichung der geplanten Einheitschule mitarbeiten und zugleich durch eine leider noch fehlende gemeinsame Vertretung aller höheren katholischen Privatschulen dem Staate gegenüber ihre offenbar der Billigkeit entsprechenden Forderungen geltend machen.

Wie wenig berechtigt der von Verteidigern des staatlichen Schulmonopols oft erhobene Einwand ist, eine katholische Privatschule, besonders wenn sie von Ordensleuten geleitet werde, erziehe nicht zu echter Staatsgesinnung, sieht man wieder aus dem umfangreichen Gedenkwerke „A Page of Irish History: Story of University College, Dublin, 1883—1909, compiled by Fathers of the Society of Jesus“ (Dublin 1930, Talbot Press). Befanntlich herrschte in diesem Vierteljahrhundert zwischen dem katholischen Irland und der britischen Regierung kein freundschaftliches Verhältnis. Dennoch nahm England das von irischen Jesuiten geleitete Kolleg in den Verband der Staatsuniversität auf und unterstützte es durch große Summen, bis es von der neuen irischen Nationaluniversität übernommen wurde. Die im Gedenkbuche von Jesuiten und Nichtjesuiten, auch von Protestanten, dargelegten Leistungen des Kollegs für den nationalen, geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt des irischen Volkes sind eine glänzende Rechtfertigung des weitherzigen Vertrauens der englischen Regierung, und als aus harten Kämpfen der Irische Freistaat hervorging, konnte eine große Zahl der wichtigsten Ämter mit ehemaligen Studenten des Kollegs besetzt werden.

In die Gedankenwelt einer weitbekannten deutschen Privatschule führt die zu drei mächtigen Bänden angewachsene Festschrift „75 Jahre Stella Matutina“, die in Feldkirch (Vorarlberg) im Selbstverlage der Anstalt erscheint. Auch hier ist der unverdroffenen Arbeit die staatliche Anerkennung nicht versagt geblieben: die beiden Gymnasien, das österreichische und das deutsche, die in der Stella Matutina von der süddeutschen Jesuitenprovinz geleitet werden, haben von der österreichischen und der deutschen Regierung alle Zeugnisrechte staatlicher Vollgymnasien erhalten. Der erste Band der Festschrift bringt von jetzigen und ehemaligen Lehrern, der zweite von ehemaligen Schülern wissenschaftliche Aufsätze, im dritten erzählen frühere Schüler das Leben ihrer Stellajahre.

Während von vielen Seiten Klagen über Lauheit im Sakramentenempfang kommen, berichtet im Eichstättener „Klerusblatt“ (6. Mai 1931, S. 265) Oberpfarrer Müller in Bernau am Chiemsee aus der von ihm betreuten Strafanstalt, daß im Jahre 1930, wo sie mit durchschnittlich 222 Insassen belegt gewesen sei, bei vier Gelegenheiten im ganzen 234 Kommunionen gezählt wurden, davon 87 in der Osterzeit. In der Karwoche des Jahres 1931 sei im Zuchthaus zu Straubing eine Mission gehalten worden, bei der die Beteiligung am Sakramentenempfang 83 % gewesen sei; im Jahre vorher habe sie 79 % betragen. — In Paris hat laut „Documentation catholique“ (4. April 1931) die „Union sociale d'ingénieurs catholiques“ festgestellt, daß der Besuch der an den vier Pariser technischen Hochschulen organisierten Osterkommunionmessen stark zugenommen hat. Im einzelnen ergab sich nach einer vorsichtig aufgestellten Statistik, daß die Zahl der praktizierenden Katholiken an der École Polytechnique 66 % betrug, an der École Centrale 69 %, an der École des Mines 64 %, an der École des Arts et Métiers 31 %.

Die französischen Missionare nehmen im katholischen Weltapostolat noch immer einen hervorragenden Platz ein. Zwar sind nicht mehr wie um 1900 unter je 100 Missionaren 66 Franzosen, aber doch ungefähr 36. Frankreich stellt für die Weltmission nicht viel weniger Priester als die fünf nach ihm am stärksten beteiligten Länder — Belgien, Italien, Holland, Spanien, Deutschland — zusammengekommen. Allerdings unterliegen diese Zahlen, die auf der sehr eingehenden Statistik der im Jahre 1930 in der Vatikanischen Druckerei erschienenen „Missiones catholicae“ beruhen, aus vielen Gründen beständig starken Verschiebungen, unter anderem schon deshalb, weil das Durchschnittsalter der französischen Missionare 1904 nur 41 Jahre, 1928 aber mehr als 50 Jahre betrug.

Die Spärlichkeit jüngeren Nachwuchses wird vielleicht noch auf lange Zeit hinaus bleiben, aber der übernationale Geist des katholischen Missionswerkes nimmt in Frankreich sichtlich zu. Das jetzt zum erstenmal erschienene, über 600 Seiten starke Jahrbuch „L'année missionnaire 1931“ (Paris, Desclée, De Brouwer & Co.), das der Archivar Paul Lefourd unter Mitwirkung zahlreicher geistlicher und weltlicher Fachleute herausgegeben hat, verwendet keineswegs übermäßig viel Raum auf Frankreich, sondern bemüht sich, unparteiisch für alle Missionsgebiete der Welt die Organisation, die Arbeitsweise und die in der Heimat der Missionare geschaffenen Hilfsunternehmungen darzustellen. — Allerdings könnte man der Ansicht sein, es wäre besser gewesen, die der Pariser internationalen Kolonialausstellung eingegliederte Missionsausstellung ebenfalls international zu gestalten, statt bloß die Missionsgesellschaften zuzulassen, die in französischen Kolonien oder Mandatgebieten tätig sind. Aber wenn man bedenkt, daß England in der Kolonialausstellung überhaupt nur durch Auskunftsstellen vertreten ist, und daß die Missionsgesellschaften erst in den letzten Jahren die Ausstellungen von Rom und Barcelona besichtigt haben, so wird man zugeben, daß eine nochmalige internationale Schau der katholischen Missionen in Paris nicht leicht zu verwirklichen gewesen wäre, zumal weil der dann viel schwierigere Wettbewerb mit der Ausstellung der geldmächtigen protestantischen Missionen sehr große Unkosten verursacht hätte. Jedenfalls hat im August 1930, als die Arbeiten für die Kolonialausstellung bereits in vollem Gange waren, auf der den Kolonialfragen gewidmeten „Sozialen Woche“ in Marseille Professor Albert Valensin S. J. von der Lyoner Theologischen Fakultät in seinem Vortrag über „Kolonisierung und Missionierung“ mit aller Bestimmtheit erklärt, der Missionar habe nach den päpstlichen Weisungen nicht als Pionier seiner nationalen Kultur, sondern als Glaubensbote vor die heidnischen Völker zu treten. Die katholischen Missionen seien nicht vorgeschobene Posten europäischen Ausbreitungsdranges, sie ständen nicht im Dienste eines irdischen Imperialismus, sondern allein im Dienste des Reiches Gottes (S. 17—26 der in Lyon, Chronique sociale de France, erschienenen Sonderausgabe).

Die Stellung der indischen Nationalisten zum Christentum ist nicht so ungünstig, wie in Europa häufig angenommen wird. Lord Irwin, der jetzt heimgekehrte Vizekönig, hatte schon bei Antritt seines Amtes im Jahre 1926 dadurch einen sehr guten Eindruck auf die Indier gemacht, daß er bei seiner Landung am Karfreitag die Empfangsfeier aufschob und zuerst den Gottesdienst im anglikanischen Dom besuchte. Auf der letzten Londoner Indienkonferenz sagte der Delegierte Maulana Muhammed Ali kurz vor seinem Tode, dieser große hagere Christ habe durch seine selbstlose Amtsführung Indien für England gerettet („The Spectator“, 2. Mai 1931, S. 692). — Als ein indischer Protestant sich über eine Äußerung Gandhis beschwerte, der dem Anscheine nach keine christlichen Missionare in einem unabhängig gewordenen Indien dulden wolle, antwortete Gandhi in „Young India“ (7. Mai 1931), er habe sich nur gegen gewisse Methoden protestantischer Missionare gewandt. „Da meine Vorliebe für die Bergpredigt bekannt ist“, schreibt er wörtlich, „und da ich ihren Urheber oft für einen der größten Lehrer der Menschheit erklärt habe, konnte ich nicht ahnen, daß man mir Unterschätzung des Christentums vorwerfen werde. Unter den christlichen Indiern habe ich viele warme Freunde, und überall ist es mir ohne Schwierigkeit gelungen, mit dem christlichen Volke Fühlung zu gewinnen. Es ist auch gar nicht zu befürchten, daß durch mich das Verhältnis zu den christlichen Missionaren getrübt werden könnte, nicht einmal, wenn es Ausländer sind; viele von ihnen darf ich meine persönlichen Freunde nennen. . . . Erhält Indien Selbstregierung, so zweifle ich nicht, daß die fremden Missionare ihre nach meiner Ansicht verwerflichen Bekehrungsmethoden ungehindert fortsetzen können; nur dürfen sie nichts dagegen haben, daß ihre Methoden bei andern Leuten vielleicht ebensowenig Billigung finden werden wie bei mir“ („The Week“, Bombay, 14. Mai 1931, S. 29).

Der deutsche Bonifatiusverein hat sich trotz der schweren Zeit auf der Höhe seiner Einnahmen halten können. 1930 waren es 3,8 Millionen Mark. Fast 400 000 Mark hat der deutsche Klerus dem Bonifatiusverein für schlecht besoldete Diasporapriester überwiesen; damit konnten allerdings die 446 in Frage kommenden Geistlichen nicht genügend versorgt werden. Außer Geld hat der Verein in die Diaspora Kinderkleidung, Paramente und Kirchenggeräte geliefert. Das Bonifatiusblatt hat in Deutschland mehr als 500 000 Bezieger.

Die religiöse Fürsorge der deutschen Katholiken für ihre in fremden Kulturgebieten ansässigen Stammesgenossen schildert zum erstenmal umfassend und quellenmäßig Dr. P. Beda Kleinschmidt O. F. M. in seinem zweibändigen Werke „Ausland und deutschtum und Kirche“ (Münster 1930, Ufschendorff). Die Einreihung in die vom Prälaten Georg Schreiber herausgegebene Sammlung „Deutschtum und Ausland“ rückt in den Vordergrund naturgemäß die Frage, was die aus Deutschland hervorgegangenen Welpriester und religiösen Genossenschaften im europäischen und außereuropäischen Ausland für die deutsche Kultur getan haben und noch tun, während die eigentliche Aufgabe all dieser Männer und Frauen selbstverständlich in der Erhaltung und Förderung des kirchlichen Lebens liegt. Der Verfasser ist aber von vornherein darauf bedacht gewesen, nationale und religiöse Zwecke nicht in unzulässiger Weise miteinander zu verschmelzen. Er betont (I 64 ff.) die kirchlichen Richtlinien, nach denen alles zu vermeiden ist, was geeignet wäre, der religiösen Sendung nationale Absichten zu unterschleiben. Aber das überaus reichhaltige Werk beweist auf jeder Seite, daß innerhalb dieser notwendigen Grenzen alle Deutschen, die in der Auslandseelsorge tätig sind, ohne weiteres auch den Einfluß der deutschen Kultur ausbreiten und insofern die Kraftquellen ihres Vaterlandes vermehren helfen.

Da zu den Glaubensboten, denen Deutschland das Christentum verdankt, bekanntlich hervorragende irische Mönche gehören, verdient auch bei uns die aus ersten Quellen genau belegte Darstellung beachtet zu werden, die John Ryan S. J. unter dem Titel

Irish Monasticism, Origins and Early Development (Dublin 1931, Talbot Press) der bisher noch sehr wenig bekannten Geisteshaltung und Lebensweise dieser versunkenen Klöster widmet.

Erik Peterson, Professor für evangelische Theologie an der Universität Bonn, hatte aus Rom am 31. Dezember 1930 an seinen Kollegen Karl Barth geschrieben, daß er nach schweren inneren Kämpfen Katholik geworden sei. Als Verwahrung gegen vorauszu sehende Angriffe hatte er hinzugefügt: „Ich bin jetzt 40 Jahre alt, ich habe auf Familie, Beruf und gesellschaftliche Stellung verzichtet. Ich habe mich 20 Jahre lang in der Theologie umgesehen. Was ich getan habe, das habe ich von meinem Gewissen gezwungen — um nicht von Gott verworfen zu werden — getan. Wer mich jetzt richtet, dem sei gesagt, daß ich gegen sein Gericht an das Gericht Gottes appellieren werde.“ Die Bonner Professoren Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt, die den Brief Petersons mit seinem Einverständnis in den „Theologischen Blättern“ (Februar 1931) veröffentlichten, sahen darin zwar eine Hilfe, zu dem Entschlusse ihres Kollegen „ein Verhältnis menschlich-persönlichen Verständnisses und Respektes zu gewinnen“, meinten aber um der „theologischen Klarheit“ willen zugleich erklären zu müssen, sie könnten „diesen seinen Schritt materiell nur als Irrtum und Abfall von der einen wahren katholischen Kirche verstehen und beurteilen“. Dr. Paula Schäfer, die Petersons Lehrtätigkeit kennen gelernt hatte und deshalb, wie sie sagt, von seiner Entwicklung nicht überrascht wurde, stimmt in der „Christlichen Welt“ (14. März 1931, Sp. 287 f.) den Worten Barths und Schmidts zu, fragt dann aber, wo denn „die wahre Kirche Jesu Christi“ sei, und schließt mit der Versicherung, „Hunderte aus der jungen Theologengeneration, Tausende von schlichten Christen“ hätten Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt „aus ganzem Herzen: Helfen sie uns in unserer Not! Zeigen sie uns den Weg zur einen wahren katholischen Kirche!“ — Vgl. diese Zeitschrift, Mai 1931, S. 100—112.

Eine verheißungsvolle Sammlung christlicher Literatur hat in Italien zu erscheinen begonnen: *Testi Cristiani con versione italiana a fronte, introduzione e commento*. Diretti da O. Manacorda (Florenz, Edizioni Testi Cristiani). Professor Guido Manacorda von der Universität Florenz hat das Glück gehabt, an den Universitäten, Bibliotheken und Ordensschulen seines Vaterlandes kritisch durchgebildete und mit der internationalen Literatur ihres Faches vertraute Gelehrte als Mitarbeiter zu gewinnen, so daß die vier bis jetzt vorliegenden Bände — von Augustinus *De magistro* und *De vera religione*, Hymnen von Romanos, die Apologie Theodorets, Prosa und Dichtungen des hl. Maximus — durch die Genauigkeit der philologischen und sachlichen Einführungen und Anmerkungen einen vorzüglichen Eindruck machen. Auf der linken Seite steht der griechische oder lateinische Urtext, auf der rechten eine treue und klare italienische Übersetzung. Die auf gutes Papier sauber gedruckten Kleinktabbände von 300—400 Seiten kosten in würdigem und starkem Ganzleinenband nur 20—25 Lire. Außer Texten der ersten christlichen Jahrhunderte sollen in die Sammlung auch geeignete Schriften der Scholastiker aufgenommen werden. — Vgl. diese Zeitschrift, April 1931, S. 66—68.

Im deutschen Sprachgebiete besteht nun seit 25 Jahren die „Vereinigung des katholischen Buchhandels“, in der Verleger und Sortimenter zur wirtschaftlichen und geistigen Stärkung ihres für das katholische Leben so wichtigen Berufes zusammenarbeiten. Die aus diesem Anlaß als Privatdruck erschienene Gedenkschrift bringt in zahlreichen Beiträgen von Sachleuten die besonderen geschäftlichen Schwierigkeiten des katholischen Buchhändlers, aber auch den mutigen Entschluß, um der katholischen Sache willen weiter mit ihnen zu ringen, wirkungsvoll zum Ausdruck. Manche der beklagten Schwierigkeiten — Kundenentziehung durch buchhändlerische Einrichtungen in kirchlichen Organisationen, Zurückstellung des Bücherkaufes hinter Auslagen für Kino und Radio, Kritik der Preise katholischer Bücher ohne ausreichende Kenntnis der ge-

schäftlichen Notwendigkeiten — muß das katholische Publikum ohne Zweifel mit größerem Ernst als bisher zu vermindern suchen.

Der neue (17.) Band des „Kirchlichen Handbuches für das katholische Deutschland“ ist im Gilde-Verlag in Köln erschienen. Mit Recht erinnert der Herausgeber, Direktor Sauren von der Zentralstelle für kirchliche Statistik, Geistliche und Laien an die Notwendigkeit, den wirklichen Stand des deutschen katholischen Lebens, das nach all seinen Verzweigungen in Kirche, Staat, Schule, Vereinen und Auslandsmission auf 426 Seiten genau dargestellt wird, gerade in den heutigen Kämpfen klar zu erkennen.

II.

Während ein Nationalökonom von europäischer Geltung, der Stockholmer Professor Karl Gustav Cassel, seit langem die Ursache der Weltwirtschaftskrise in der Knappheit und Fehlleitung der Goldbestände sieht und noch in den letzten Maitagen unter viel Widerspruch und viel Zustimmung in einer Versammlung der führenden Londoner Bankleute den Zentralbanken aller Länder die nach seiner Ansicht für die Überwindung der Krise notwendige Aufgabe stellte, durch Änderung ihrer Finanzpolitik die Kaufkraft des Geldes weltwirtschaftlich zu regeln, drangen auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, und Brauns, der frühere Arbeitsminister des Deutschen Reiches, einen Schritt weiter vor, indem sie übereinstimmend alle näheren Ursachen der wirtschaftlichen Erschütterungen auf die seit zehn Jahren herrschende politische Unruhe als letzte Ursache zurückführten. Diese Unruhe, sagte Brauns, verhindere, daß aus den kapitalreichen Ländern Geld in die kapitalarmen fließe. Infolgedessen sinke in kapitalreichen Ländern der Zins in eine unwirtschaftliche Tiefe, und in kapitalarmen Ländern steige er in eine ebenso unwirtschaftliche Höhe. Also werde hier die Aufnahme von Kredit erschwert, die Produktion gehemmt, der Lohn gedrückt. — Der vom nordamerikanischen Präsidenten angeregte Zahlungsausschub für die internationalen Kriegsschulden ist Rettung in letzter Stunde, befreit aber gerade Deutschland nicht von der Pflicht strengster Sparsamkeit, da zufolge der Rundfunkrede des Reichskanzlers Brüning erst das Jahr 1932 die schwersten Belastungen bringt. — Vgl. diese Zeitschrift, Mai 1931, S. 113—119.

In der deutschen Lebenshaltung zeigte sich nach dem am 3. Juni ausgegebenen Berichte des Instituts für Konjunkturforschung im ersten Viertel des Jahres 1931 immer mehr eine Beschränkung auf das Notwendige. Kakao, Tee, Südfrüchte, Gewürze wurden in viel geringeren Mengen verbraucht als in der gleichen Zeit des Vorjahres; Bier, Tabak und Branntwein sogar bis zu einem Drittel weniger. Sehr gesunken ist die Zahl der auf den städtischen Verkehrsmitteln beförderten Personen. Der Verbrauch an Kleidung fiel um 15% des Wertes. Nur eigentliche Nahrungsmittel sind noch ungefähr im selben Maße verbraucht worden wie voriges Jahr. Die Kosten der Lebenshaltung waren von Januar bis Ende März 1931 um 7,5%, von Januar bis Ende Mai um 7,1% geringer als in denselben Monaten des Vorjahres. Im ganzen sind die Preise nur halb soviel heruntergegangen wie das Einkommen. — Vgl. diese Zeitschrift, April 1931, S. 40—55.

Mußte denn gerade in dieser Zeit für 250 Mark in Halbleder und für 295 Mark in Leder das zweibändige „Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft“ in den Handel gebracht werden, noch dazu vom „Deutschen Wirtschaftsverlag“ in Berlin? Gibt es denn Leute, die es jetzt wirtschaftlich richtig finden, soviel Geld auszugeben, um sich in zwei illustrierten Quartbänden, deren erster schon 1053 Seiten zählt, über Leben und Schrifttum der in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst usw. hervorragenden Deutschen unterrichten zu können? Gar nicht wenige sucht man übrigens vergeblich.

Zu den Wirtschaftsmethoden der Bolschewiken haben sich von neuem Sachkenner verschiedener Richtung öffentlich geäußert. In einem Artikel der „Bolschischen Zeitung“

(Nr. 129, 31. Mai 1931) sagt der Frankfurter Nationalökonom Franz Oppenheimer über den Fünfjahrplan: „Der Plan wird scheitern, wenn vielleicht auch nicht technisch, so doch volkswirtschaftlich.“ Die sowjetistische Planung von oben könne sich aus psychologischen Gründen dem kapitalistischen System der freien Konkurrenz nicht überlegen zeigen, das rechte Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg lasse sich in der Sowjetwirtschaft nicht herstellen, es sei denn, daß „die sämtlichen Mitarbeiter der Wirtschaftszentrale in Moskau zum mindesten Halbgötter“ wären. Oppenheimer schließt aber mit der Verwahrung: „Womit im übrigen durchaus nicht gesagt sein soll, daß wir den Kapitalismus für das letzte Wort der Entwicklung halten.“ Weil der Aufwand dem Erfolg nicht entspreche, nennt auch Waldemar Hoeffding, der in dem von Professor Iljin herausgegebenen, teilweise von der Emigrantenpsychologie aus zu beurteilenden Sammelwerke „Welt vor dem Abgrund“ (Berlin 1931) über dieselbe Frage geschrieben hat, den Fünfjahrplan in einem Aufsatze der „Deutschen Rundschau“ (Juni 1931, S. 188) einen „unzweideutigen Mißerfolg“, ohne darum zu behaupten, „daß es nur eine Zeitfrage sei“, wann er zusammenbreche, denn er dürfe „weder in Bezug auf seine Durchführung noch in Bezug auf seine Folgen nach normalen wirtschaftlichen Standpunkten gewertet werden“.

Ganz ausführlich untersucht Theodor Seibert, der mehrere Jahre als Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes“, der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Rußland gewohnt und es nach allen Seiten hin durchreist hat, unter denselben Gesichtspunkten der psychologischen Möglichkeit und des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis „Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki“ in seinem Buche „Das rote Rußland“ (München 1931, Knorr & Hirth). Obgleich die überall deutlich sichtbare journalistische Kampfstellung ihn hindert, die Leistungen der Bolschewiken ebenso verständlich zu machen wie ihr Versagen, von dem er Beispiele in Fülle bringt, übersieht er weder die Erfolge der nationalen Kulturpflege (39) noch die der Großkraftwerke (249) noch die der Arbeiterfürsorge (271). Er sagt sogar: „Rußlands Industrialisierung, die schon vor dem Kriege im amerikanischen Tempo eingesetzt hat, wird keine Macht der Welt aufhalten“ (270), aber schließlich erklärt er, mit „etwas Wirklichkeitsinn“ erkenne man, daß der sozialistische Sowjetstaat „eben an der Tatsache scheitern wird, daß man ein riesiges Volk mit allen seinen 160 Millionen Gliedern nicht zu einer uniformen Armee von willenlosen Soldaten machen kann, die das eiserne Gesetz des Sozialismus trotz aller Interpretationsversuche fordert“ (275).

Aus dem gleichen Mißtrauen gegen den Gnderfolg wenigstens der jetzigen Form des Bolschewismus ist das von der Opposition unter Leitung Bessedowskij's aufgestellte neue Programm hervorgegangen („Die Revision des Bolschewismus“, Leipzig, Kommissionsverlag Gustav Engel). Auch diese Reformer wollen die wirtschaftliche und geistige Freiheit erweitern und sich überdies durch politisches und finanzielles Entgegenkommen das Wohlwollen des Auslandes sichern.

Daß die Umstellung der russischen Landwirtschaft und der Aufbau der russischen Industrie nach den Linien des Fünfjahrplanes im großen und ganzen gelingen werden, hat keiner von den vorhin genannten Kritikern zu leugnen gewagt, und den von ihnen betonten Schwierigkeiten stehen die Bolschewiken weder blind noch tatlos gegenüber. Der amerikanische Ingenieur Walter Arnold Ruckeser, der seit 1929 als technischer Beirat für die Ausbeutung der riesigen Asbestlager im Ural gearbeitet und seine unmittelbaren Beobachtungen in der Newyorker Wochenschrift „The Nation“ am 13. Mai 1931 in einer Reihe von Aufsätzen mitzuteilen begonnen hat, widerspricht auf Grund seiner Erfahrung der weit verbreiteten Annahme, der Bolschewismus habe die Arbeitspläne in einer psychologisch unmöglichen Straffheit zentralisiert. Die industriellen Einzelheiten, sagt er, kommen nicht von einer allgemeinen Zentrale, sondern „sie werden am Produktionsort ausgearbeitet und nach Fertigstellung zur Billigung oder Änderung

nach Moskau geschickt" (524). An der Moskauer Zentrale aber hat Ruckeser für die Aufstellung und Durchprüfung der Gesamtvoranschläge Männer „von höchster wissenschaftlicher und technischer Fähigkeit“ und Laboratorien von „bester Ausstattung“ gefunden (627). Man dürfe sich die Pläne nicht so starr vorstellen: in der Asbestindustrie seien sie in fünf Monaten fünfmal geändert worden (552). Dieselbe Anpassung an die Verhältnisse zeige sich in der Einführung von Akkordlohn und Prämien und überhaupt in der Staffelung des Einkommens nach der Leistung (578).

Gegen solche Methoden wird übrigens mit Unrecht eingewandt, sie seien ein Abfall vom „eigentlichen“ Sozialismus. Schon Mary hat nach der Sozialisierung eine Übergangszeit vorgesehen, in der noch keine Lohnungleichheit bestehen könne, und Boris E. Skwirskij, der Leiter der Sowjetauskunftsstelle in Washington, hat das vor einem Jahre in der amerikanischen Monatschrift „Current History“ (Juli 1930, S. 649 f.) wiederholt. Ebenso legt Calvin B. Hoover, Professor der Volkswirtschaft an der Universität Durham, Nordkarolina, in seinem Buche „The Economic Life of Soviet Russia“ (Neuyork 1931) dar, die russische Wirtschaft, die er an Ort und Stelle ein Jahr lang beobachtet hat, sei nicht ein versteckter Kapitalismus, sondern ein wirklicher Sozialismus.

Die riesenhafte Unwirtschaftlichkeit des bisherigen Betriebes, der nach Art von Kriegslieferungen auf Leistung um jeden Preis eingestellt war, ist von den Bolschewiken selber mehr und mehr bekämpft worden. Namentlich wird seit Anfang Mai 1931 durch strenge Erlasse verlangt, daß jedes Unternehmen seine Ausgaben aus seinen eigenen Einnahmen decke, und die Arbeiter werden für die Behandlung der Maschinen haftbar gemacht. Jedenfalls waren die polnischen Großindustriellen, die unter Führung ihres Verbandspräsidenten Wierzbicki Rußland fünf Wochen lang bereist haben, ebenso wie Professor Hoover voll Bewunderung über das, was unter den größten Schwierigkeiten erreicht worden ist. Michael Farbman, der eine in englischen Fachkreisen sehr geschätzte Schrift über den Fünfjahrplan verfaßt hat, sagt in einem in der „Neuen Rundschau“ (Juni 1931) deutsch erschienenen Aufsatz: „Über den Erfolg des Fünfjahrplans kann kein Zweifel bestehen, er hat in mancher Hinsicht sogar die sehr hochgespannten Erwartungen seiner Schöpfer übertroffen. Aber die Größe dieses Erfolges ist sowohl innerhalb wie außerhalb Rußlands stark übertrieben worden.“ In Rußland habe man durch die Übertreibungen eine „Kompensation“ für die ungeheuern Leiden, außerhalb Rußlands eine „Drohung“ zu schaffen gesucht, mit der man zu einer „Politik der Vergeltung und des Boykotts“ auffordern wollte (729 f.). Im übrigen meint Farbman (739) genau wie Seibert in seinem vorhin gekennzeichneten Buche (271), von einem industrialisierten Rußland hätten die kapitalistischen Länder mehr Nutzen als Schaden zu erwarten. Artur W. Just, der ständige Vertreter der „Rölnischen Zeitung“ in Moskau, schreibt in der „Europäischen Revue“ (Juni 1931, S. 421), die Stärke Rußlands wachse „nicht infolge, sondern trotz des Fünfjahresplans“, und die Frage, ob er gelingen werde, sei, „wenn diesem Schlagwort ein verständlicher Begriff untergelegt wird, mit ja zu beantworten“.

Nicht wenige Fehltritte über die russischen Zustände entstehen daraus, daß man die jetzige Lebenshaltung der Massen nicht an der früheren mißt, sondern nach mitteleuropäischen Gewohnheiten wertet. Ruckeser bezeugt, bei seiner ersten Ankunft im Asbestgebiete hätten die Arbeiter noch größtenteils dieselben Wohnungen gehabt wie zur Zeit der Privatindustrie. Die meisten hätten in ungeteilten oder nur durch Vorhänge abgeteilten Blockhäusern gewohnt. Für Mann, Frau und Kinder sei im ganzen ein Raum von ungefähr sechs zu zwölf Fuß bestimmt gewesen. Die Betten habe man sich aus Planken und Lumpen hergerichtet. Selten oder nie hätten die Arbeiter sich ausgezogen. Aborte habe es nicht gegeben (577). Jetzt sind fast alle Baracken durch hölzerne, innen und außen mit Asbest bekleidete zweistöckige Häuser ersetzt. Die lichten, geweißten Zimmer sind für zwei oder drei Personen so berechnet, daß auf jede ein Raum

von vier Quadratmeter kommt. Für Abort und Bad ist gut gesorgt. Auf jedem Stockwerk ist eine gemeinsame Küche für drei oder vier Familien (607). Bei den Schächteingängen sind Duschen angelegt, deren Benutzung vorgeschrieben ist, und die Arbeitskleider werden in besondere Trockenräume gehängt (578). Außer den rationierten Nahrungsmitteln (für die Arbeiter des Asbestgebietes Fleisch, Butter, Eier, Zucker, Kaffee, Kakao, Milch, Weizenmehl) sind Schwarzbrot, Kartoffeln, Kohl, Gurken in beliebiger Menge verkäuflich; manches wird auch von den Arbeitern in ihrem Garten gezogen. Doch sieht man es lieber, daß sie mit ihrer ganzen Familie in den staatlichen Speisehallen essen (607). Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt im Asbestgebiet monatlich 100 Rubel (577). Ein Essen aus kräftiger Suppe, Fleisch, Kartoffeln, Gemüse, Brot, süßer Speise und Tee kostet in der staatlichen Speisehalle höchstens dreiviertel Rubel. Allerdings gibt es Zelten, wo nur das Notwendigste zu haben ist (607).

Wegen der schweren Klagen über die Zustände unter den russischen Holzarbeitern am Weißen Meere hat die englische „Gesellschaft zur Bekämpfung der Sklaverei und zum Schutze der Eingeborenen“ (Anti-Slavery and Aborigines Protection Society) eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt. Der Bericht dieser Kommission ist nun erschienen (Report on Russian Timber Camps, by Sir Alan Pim and Edward Bateson. London 1931). Die Ergebnisse beruhen auf Angaben von Flüchtlingen, von Offizieren und Mannschaften der am russischen Holzhandel beteiligten Schiffe und von zwei Engländern, die das Gebiet bereist haben; dazu kommen Erlasse der russischen Regierung und Erklärungen ihrer Vertreter. Die Berichterstatter fällen das Schlußurteil: „Die Hauptmasse der Arbeit wird von Bewohnern der Gegend geleistet, für die das eine gewohnte Saisonarbeit unter Bedingungen ist, die sicher nicht schlechter sind, als sie vor dem Kriege waren.“ Lord Buckmaster schreibt in seiner Vorrede zum Bericht: „Daß ein Teil der Arbeit in den Holzlagern nicht freiwillig getan wird, ist klar festgestellt; aber der größte Teil wird von Leuten, die an diese Arbeit gewohnt sind, frei zu den Löhnen und unter den Bedingungen übernommen, auf die sie sich nach Beratung mit ihren Gewerkschaften geeinigt haben. Gewiß sind diese Löhne und diese Bedingungen von der Art, daß kein britischer Arbeiter auch nur daran denken würde, sie anzunehmen; aber es kann nicht behauptet werden, daß sie schlechter wären als in der früheren russischen Holzindustrie oder auch nur ebenso schlecht.“

Natürlich ist darum die Lage des kleineren Teiles der Holzarbeiter, also der Verbannten und der Sträflinge, nicht minder hart. Sie ist geradezu schrecklich, wenn man sie mit den Zuständen in deutschen Gefängnissen vergleicht. Nur ist auch das auf russischem Boden keine von der jetzigen Gewaltherrschaft eingeführte Neuerung. Nie darf man ferner vergessen, daß den Verbesserungen des Wohnungs-, Ernährungs- und Bildungswesens, die der Bolschewismus großen Volksteilen ohne Zweifel gebracht hat, als ebenso gut bezeugte Tatsache gegenübersteht, daß Millionen von Menschen durch diese Umwälzung in furchtbares Elend geraten sind. Die geographisch und ethnographisch bedingten Unterschiede der Duzende von Kulturen auf dem unermesslichen Boden der Sowjetunion und der immer voranstrebende, aber durch übersehene oder unterschätzte Hindernisse bald hier, bald dort aufgehaltene Kampf der Regierung gegen wirtschaftliche und soziale Mißstände machen es fast unmöglich, die jeweilige Gesamtlage durch eine kurze Formel zuverlässig zu charakterisieren.

Doch ist ja überhaupt nicht die fragliche Wirtschaftsbedrohung, sondern die fraglose religiöse Gefahr der dringendste Beweggrund zu Abwehrmaßnahmen gegen den Bolschewismus. Die russische Literaturzeitschrift „Na kniznom frontje“ ist mit den Erfolgen des geistigen Ansturms gerade auf das deutsche Publikum sehr zufrieden. Die deutsche kommunistische Propagandaliteratur sei nach Inhalt und Ausstattung musterergütig und dringe auch tief in den „bürgerlichen“ Buchhandel ein. Besonders werden für kom-

munistische Werbetätigkeit der „Neue Deutsche Verlag“, der „Verlag für Literatur und Politik“, der „Verlag der Jugendinternationale“ und der „Verlag Junge Garde“ gelobt. Unsere Verteidigung gegen die vorzüglich organisierten Angriffe kann nur dann Erfolg haben, wenn sie sich auf wirkliche Kenntnis des Bolschewismus stützt und vor allem danach strebt, durch Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaftsordnung unsere Überlegenheit zu beweisen, wie das in früheren „Kulturberichten“ (Februar und Mai 1931) im Anschluß an bischöfliche und päpstliche Äußerungen dargelegt worden ist und jetzt auch von der Enzyklika „Quadragesimo anno“ gefordert wird.

Die Konkurrenzkraft der asiatischen Industrie beleuchtet mit einer Fülle statistischer Angaben Professor Noorbach von der Harvard-Universität in seiner Schrift „International Competition in the Trade of India“ (Nr. 268 der Veröffentlichungen des „Carnegie Endowment for international Peace“). Der Verfasser ist Sachmann für Außenhandel und hat im Auftrag seiner Universität eine Studienreise nach Indien und Ostasien unternommen. Da Indien zu den wichtigsten Einfuhrländern der Welt gehört, und da die an seiner Einfuhr jetzt am stärksten beteiligten Industriestaaten — England, Deutschland, Nordamerika und Japan — ungefähr gleich weit von den indischen Häfen entfernt sind, so läßt sich gerade hier die aufsteigende Macht der asiatischen Industrie gut beobachten. Berechnet man den Gesamtwert der indischen Einfuhr nach den Preisen des letzten Vorkriegsjahres, so ergibt sich, daß sie die damalige Höhe von 1913 Millionen Rupien nicht wieder erreicht hat; für das Jahr 1929/30 erhält man nach diesem Schlüssel nur 1771 Millionen Rupien. Vor dem Weltkriege war England an der Gesamteinfuhr mit 62,8 % beteiligt, Deutschland mit 6,4 %, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 3,1 %, Japan mit 2,5 %. Aber im Jahre 1929/30 waren die entsprechenden Zahlen für England 42,8 %, für Deutschland 6,6 %, für die Vereinigten Staaten 7,3 %, für Japan 9,8 %. Der Anteil Englands ist seit dem Kriege beständig gesunken. Selbstverständlich ist das teilweise auf Rechnung der nationalindischen Ablehnung fremder Waren zu setzen. Durch den Boykott des Jahres 1930 sank im Verhältnis zum Vorjahre die Einfuhr gewisser Baumwollwaren aus England um weit mehr als ein Drittel, die aus Japan um ungefähr ein Viertel.

Aber aus nationalen Gründen allein ist das Zurückbleiben Englands auf dem indischen Baumwollmarkte, dem größten der Welt, nicht zu erklären. Die Indier sind durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse stärker als früher in die Beteiligung am Baumwollgeschäft hineingezogen worden, haben sich die europäischen und amerikanischen Methoden der Fabrikation und des Handels mit erstaunlicher Leichtigkeit angeeignet und stellen nun in ihrem eigenen Lande mehr als doppelt so viel Baumwollwaren her als vor dem Kriege. Vor allem aber ist die japanische Baumwolleinfuhr ungeheuer gestiegen. Vor dem Kriege betrug der Anteil Japans an der gesamten Baumwollwareneinfuhr in Indien bloß 0,3 %, während England 97,1 % lieferte. Dagegen kamen 1929/30 auf England 65 %, auf Japan 29,3 %! Die Verdächtigung der geschäftlichen Lauterkeit des japanischen Wettbewerbs hat sich durch eine genaue indische Untersuchung als im wesentlichen unhaltbar erwiesen, zumal nachdem die Japaner sich auch den internationalen Abmachungen über die Arbeitszeit und die Verwendung von Frauen und Kindern angepaßt haben. Daß die Japaner im Baumwollgeschäfte sogar die indischen Firmen zu unterbieten vermögen, beruht, wie Noorbach ausführlich zeigt, auf den Vorteilen eines für diese Industrie günstigen Klimas, niedriger Löhne, billiger Versorgung mit mechanischer Kraft und verhältnismäßig bequemer Erreichbarkeit der Rohstoffe, besonders aber auf dem festen Zusammenschluß aller bedeutenden Fabriken untereinander und mit den Frachtreedereien und Banken. Von der sonst oft beklagten Geringwertigkeit japanischer Ware und dem Unterschiede zwischen Muster und Lieferung sei im Baumwollhandel wenig die Rede.

III.

Über die Bedrückung der heutigen Indianer in den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat Robert Gessner ein erschütterndes Buch geschrieben (*Massacre. A Review of Today's American Indian.* Newyork 1931). Er stützt sich auf eigene Beobachtungen und auf Staatsakten, besonders auf den Bericht der Regierungskommission vom Jahre 1928 und auf die in elf Bänden niedergelegten Verhöre des Senatsausschusses für Indianerangelegenheiten. Der stellenweise ungeheuerliche Steuerdruck, die fortschreitende ungerechte Verdrängung der Rothhäute von wertvollem Landbesitz, die gewaltsame Verschleppung der Indianerkinder in überfüllte und auf einen Hungeretat gestellte Kostschulen, die Verwüstung der Volkskraft durch die Schwindsucht, der z. B. unter den Indianern des Staates Wisconsin vierzigmal mehr Menschen zum Opfer fallen als unter der Gesamtbevölkerung — das alles ist nach dem Urteil John Colliers, des Sekretärs des „American Indian Defense Association“, im wesentlichen, trotz einzelner Versehen Gessners, so sicher festgestellt, daß man von einer Verflabung der Indianer durch die Regierung sprechen müsse, von einem dauernden Raubzug gegen ihren angestammten Grund und Boden, von einer gewissenlosen Vernichtung einer hilflosen Rasse durch Blutgesetze („The Nation“, Newyork 11. März 1931).

Während die Rothhäute sinken, steigen in denselben Vereinigten Staaten die gleichfalls hart bedrängten Neger empor, weil sie der Gewalt Herrschaft eine den Indianern fehlende Anpassungsfähigkeit entgegengestellt haben. Die überragende Bedeutung dieser Fähigkeit für das Völkerleben hat Rabindranath Tagore in einem Brief über die Rassenfrage schön ausgesprochen. Der hartnäckige Engländer, sagt er, habe durch seine stolze Unnahbarkeit die Völker Indiens allerdings unter seine Herrschaft beugen können. „Aber ein so unvollkommenes, auf Gewalt beruhendes Verhältnis kann in menschlichen Dingen nicht von Dauer sein. Unvermeidlich kommt einmal der Augenblick, wo die Geschichte auf dem positiven Boden der Gemeinschaftsarbeit und nicht bloß auf dem negativen des Gesetzes und der Ordnung zur Größe geführt werden muß. Nicht die Rasse, die zu herrschen versteht, ist geschichtlich fähig zu überleben, sondern die Rasse, der Verstandnis, Einfühlungsvermögen, mit einem Worte geistige Anpassungsfähigkeit gegeben ist. Schließlich wird sich bewahrheiten, daß die Sanftmütigen berufen sind, das Erdreich zu besizen“ („The Spectator“, 9. Mai 1931, S. 737).

Wie erhaben und echt menschlich ist diese Auffassung gegenüber der rohen Gewalt, die durch einen großen Teil unserer politischen Versammlungen tobt und unsere Straßen mit dem Blute unserer Volksgenossen bespritzt! Die Zahl der politischen Morde in Deutschland ist nach einer im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 253, 1. Juni 1931) veröffentlichten Berechnung von 8 im Jahre 1928 auf rund 50 im Jahre 1930 gestiegen, und sie würde im Jahre 1931 nach dem Durchschnitte der Monate April und Mai mindestens auf 90 emporschnellen. Seitdem am 28. März 1931 die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erschienen ist, sind keine 10 Wochen vergangen, bis auf der Liste schwerer Zusammenstöße über 1200 Verletzte und 15 Tote standen. Soweit sind wir Schritt um Schritt gekommen, weil wir seit Jahren in den Auseinandersetzungen des öffentlichen Lebens eine aufhebende Sprache, ja ausdrückliche Aufforderungen zu gewaltfamer Revolution geduldet und uns an private Wehrverbände aller Art gewöhnt haben, während es doch für ein Kulturvolk selbstverständlich sein sollte, daß es eine unheilvolle Abkehr von gedeihlicher Entwicklung ist, wenn Gewaltanwendung nicht ausschließlich Sache des Staates bleibt, und wenn dem Staate die rechte Gestalt anders als durch freien, auf vernünftige Überlegung gestützten Beschluß des Volkes gegeben wird. — Vgl. diese Zeitschrift, April 1931, S. 1—14.

Eine im April 1931 veröffentlichte Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes weist für Deutschland im Jahre 1928 täglich rund 44 Selbstmorde nach, davon rund dreimal mehr bei männlichen als bei weiblichen Personen. Auf 100 000 Einwohner

kommen in England 12 Selbstmorde, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 13, in Frankreich 16, in Deutschland 39.

Die Ursachen der spanischen Revolution, deren Ausbruch von Kennern des Landes, auch von Mitgliedern der Königsfamilie, seit mehr als einem Jahre erwartet wurde, sind im allgemeinen dieselben, aus denen anderswo Revolutionen entstanden oder im Entstehen sind. Während des Krieges hatte man der unerhört günstigen Konjunktur wegen überindustrialisiert, nach dem Kriege legte man viele Werke still, und das führte zu Arbeitslosigkeit, zum Sinken der Währung, stellenweise zum Aufbruch. Gesteigert wurde die Unruhe durch den zunehmenden Druck der ungünstigen Verteilung von Grund und Boden, durch die Opfer des langwierigen Marokkokrieges, durch die Kämpfe einzelner Landesteile um Autonomie, durch den Zerfall des Parlaments, durch die Mißgriffe der Diktatur. Die Artillerie, in der besonders die Söhne des Adels und des reichen Bürgertums dienten, war mit dem König unzufrieden, weil er die Aufhebung ihrer großen Privilegien durch Primo de Rivera nicht verhindert hatte. Während der größte Teil der hohen Geistlichkeit und besonders der Kardinalprimas entschieden monarchisch dachte, hatten Monarchie und Diktatur beim niederen Klerus viel Anhänglichkeit zerstört, weil sie alle Gesuche um Besserung der besonders in den Landgemeinden unerträglichen Wirtschaftslage der Pfarrgeistlichen abgewiesen hatten. Dazu kam ein überraschendes Wachstum der Freimaurerei: als der Diktator sein Amt antrat, gab es nur zwei Logen, und sie rührten sich wenig; als er zurücktrat, waren acht Logen in eifriger Tätigkeit. Von den republikanisch gesinnten Arbeitern haben neben den gemäßigten Sozialdemokraten am meisten die anarchistischen Syndikalisten (Anarcosindicalistas) für den Umsturz getan. Die Kommunisten selber hatten kaum 3000 Mitglieder und keine geschickte Führung. — Angesichts all dieser Tatsachen ist es begreiflich, daß der auch in Deutschland weit bekannte französische Jesuit Pierre Phande, der als Vaske die Entwicklung in Spanien immer mit besonderer Teilnahme verfolgt hat, in den Pariser „Études“ (5. Mai 1931, S. 274) feststellt: „Jeder unparteiische Beobachter, der vertraute und freie Unterhaltungen in Salons und Eisenbahnwagen, bei der Industriebevölkerung und bei den Bauern angehört hat, muß zugeben, daß seit ungefähr 12 Jahren im spanischen Volke von den höchsten bis zu den niedersten Schichten die Anhänglichkeit an das Haus Bourbon und an die Person des Königs täglich mehr und mehr geschwunden ist.“ Dazu hat auch die unglücklich veranlagte Nachkommenschaft des Königs und in manchen Kreisen schon die Heirat mit einer katholisch gewordenen Prinzessin aus protestantischem Hause beigetragen.

Den spanischen Kommunisten rät Trotzki in seinen am 15. April 1931 geschriebenen „Zehn Geboten“ (Anhang zu seiner am 24. Januar 1931 unterzeichneten Broschüre „Die spanische Revolution“, deutsch in Thesla bei Leipzig), sie sollten „beharrlich die zweite, die proletarische Revolution vorbereiten“. Damit findet er durchaus nicht den Beifall des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das in seiner Zeitschrift (7. Mai 1931, 733 f.) dem „Renegaten“ vorwirft, er habe mit keinem Worte erwähnt, „daß schon jetzt die Verwirklichung der demokratischen Revolution für die Errichtung der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft notwendig“ sei. „Der spanischen Kommunistischen Partei“, sagt dann das Exekutivkomitee (740), „harren ungeheure Aufgaben. Die gesamte Komintern muß ihr zu Hilfe kommen. Im besondern müssen ihr und der spanischen Revolution überhaupt die Sektionen in den Nachbarländern helfen. Vor allem ist dies Pflicht der Kommunistischen Partei Frankreichs.“ Infolge der „anfänglich unrichtigen Einstellung“ der spanischen Kommunistenpartei habe sie bei den „ausgesprochen revolutionären Aktionen“ — „Angriffe auf Kirchen und Klöster und ihre Niederbrennung“ — nicht die Führung gehabt (735).

Hinter manchen Erlassen der provisorischen Regierung, z. B. dem, der die Inventaraufnahme aller religiösen Kunstschatze anordnet, oder einem andern, der die Kreuzfuge

aus den Schulen entfernt, befürchtet man Absichten einer allgemeinen Politik der Latifizierung, und über eine solche Politik sagt die von den Augustinern des Escoriala herausgegebene Monatschrift „Religión y Cultura“ (Juni 1931, S. 474) mit Recht, daß sie „eine schwere Störung des gesamten nationalen Lebens“ bedeuten würde. Viele werden das nicht ohne weiteres begreifen, weil sie von der Stellung des katholischen Kultus in der spanischen Öffentlichkeit eine zu blasse Kenntnis haben. Das Madrider „ABC“, die elegant illustrierte Tageszeitung der reichen monarchistischen Gesellschaft, beschrieb am 21. April 1931 (Morgenausgabe, S. 35), wie am 19. April, also wenige Tage nach der Abreise des Königs, in einer Pfarrei der Hauptstadt die Osterkommunion von Haus zu Haus den Kranken gesendet wurde. Es war morgens um acht Uhr, als nicht der Priester mit einem Mesdiener, sondern eine ganze Prozession mit einer Musikkapelle aus der Kirche schritt. Voraus gingen städtische Polizeibeamte, und der Priester mit dem Kelch fuhr in einem Privatautomobil. Als der Zug sich dem Palaste der Infantin Isabella näherte, die wegen ihrer schweren Krankheit noch in Madrid geblieben war, wurden die Torflügel und alle Balkone geöffnet, und auf dem Mittelbalkon erschien im Rollstuhl, zwei Mädchen mit brennenden Kerzen zur Seite, die greise Infantin, um dem Allerheiligsten ihre Verehrung zu erweisen. Schon das ist viel mehr, als wir gewöhnt sind. Aber das „ABC“ fügt hinzu, früher sei jedes Jahr das Allerheiligste von berittenen Stadtgardisten, von Abteilungen der Landjäger und des Heeres, alle in Galauniform, begleitet worden, die Regimentskapellen hätten im Zuge gespielt, und der Priester mit dem Kelche sei in einem Prachtswagen des Hofes gefahren. — Natürlich liegt die Religion nicht in äußerem Gepränge, aber bei einem Volke, das sie jahrhundertlang mit allem Schönen und Ehrwürdigen seiner hohen Kultur umgeben hat, kann sie sehr leicht aus dem Mittelpunkt des Lebens gerückt werden, wenn diese Formen fallen, und wenn Schule und Staat nicht mehr selbstverständlich ihre Einheit mit der katholischen Kirche in aller Öffentlichkeit beweisen. In vielen Tausenden von Rundgebungen sind Priester und Volk bereits für die Verteidigung der Religion auf den Plan getreten und oft, besonders in Kastilien und im Baskenlande, haben katholische Laien sich auch zu gewaltsamer Abwehr gewalttätiger Banden gerüstet.

Über die Notwendigkeit, durch die öffentliche Meinung die allgemeine Abrüstung zu erzwingen, schreibt besonders eindrucksvoll Viscount Cecil of Chelwood, Vorsitzender der britischen Völkerbundgesellschaft, im Londoner „Spectator“ (28. März 1931): „Wer steht nicht zwischen den Erklärungen der Staatsmänner über Frieden, Schiedsgerichte, Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit usw. auf der einen Seite und der Nichtbeachtung dieser Erklärungen durch die für die Politik jedes Landes entscheidenden Stellen auf der andern Seite einen beinahe unverschämten und immer wiederholten Widerspruch? Nicht nur, daß die Regierungsvertreter durch die Unentschlossenheit oder das Mißtrauen der Volksvertretung im Stiche gelassen werden, sondern fast derselbe bedauerliche Gegensatz besteht zwischen dem, was die natürlichen Führer der öffentlichen Meinung sagen, und dem, was das Volk tut. In wie vielen Versammlungen politischer Parteien oder beruflicher Vereine aller Länder sind die schönsten Entscheidungen für den Frieden angenommen worden, und wie wenig wirklichen Einfluß haben sie auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten! Priester, Bischöfe, sogar der Papst haben die Grundsätze internationaler Gerechtigkeit und Liebe verkündet, vor dem materialistischen Nationalismus gewarnt und der Versöhnung das Wort geredet. Aber wieviele Gläubige geben in ihrem privaten oder öffentlichen Leben als Bürger einen greifbaren Beweis für die Befolgung dieser Grundsätze? Die Ursache sei ganz offenbar nicht darin zu suchen, daß in irgend einem Lande der Mehrheit der Männer und Frauen an der Bewahrung des Friedens nichts läge, sondern wo die Friedensbewegung schwach sei, habe man dem Volke ihre ganz bestimmten Einzel-

ziele nicht so deutlich gezeigt, daß es begriff, nicht Rüstung, sondern Abrüstung sei der zuverlässigste Weg zu Sicherheit und Wohlstand. Die britische Völkerbundgesellschaft habe sich Schritt für Schritt um klar gesteckte Einzelziele bemüht: um die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, um die persönliche Anwesenheit der Außenminister in den Sitzungen des Völkerbundes, um den Unterricht über den Völkerbund in den englischen Schulen, um den Vertrag von Locarno, um das Londoner Flottenabkommen usw. Trotz großer Schwierigkeiten seien diese Ziele erreicht worden, und die britische Völkerbundgesellschaft habe durch diese Taktik mehr als 800 000 zahlende Mitglieder gewonnen.

Die nordamerikanische Zeitschrift „The World Tomorrow“ hat an 50 000 von den ungefähr 100 000 protestantischen Geistlichen, die es in den Vereinigten Staaten gibt, eine Umfrage über ihre Stellung zum Kriege geschickt. Es liefen 19 372 Antworten ein, und von ihren Verfassern waren 62 % der Ansicht, die amerikanischen Kirchen sollten sofort erklären, ein Krieg habe von ihnen weder Unterstützung noch Billigung zu erwarten, 54 % gaben ihren Entschluß kund, sich in dem Falle, daß ein Krieg ausbreche, nicht mit der Waffe an ihm zu beteiligen, 80 % verlangten Verminderung der Rüstungen auch dann, wenn Amerika dabei vorangehen müsse, 43 % meinten, es sei möglich, zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg so zu unterscheiden, daß sie an einem Verteidigungskrieg teilnehmen könnten.

Der „Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ ist für die Abrüstung schon mit großem Eifer tätig. Unter seiner Führung werden von Mitgliedern der protestantischen und der von Rom getrennten orientalischen Kirchen in 32 Ländern, auch in Deutschland und der Schweiz, geeignete Schritte in dieser Richtung unternommen. England hat schon seit fast zwei Jahren „Christ and Peace Campaign“ mit zahlreichen Versammlungen. Der amerikanische Kirchenbund, der die wichtigsten protestantischen Bekenntnisse der Vereinigten Staaten umschließt, bemüht sich im selben Sinne.

Da oft behauptet wird, die heutige Jugend sei durchweg politisch radikal und wende sich von den gemäßigten Parteien ab, so verdient Beachtung, was Erich Ollenhauer, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, am 4. Juni auf dem Leipziger Parteitage gesagt hat („Vorwärts“, Nr. 257, 4. Juni 1931): „Gegenüber dem Argument unserer Gegner, die Sozialdemokratie sei eine Partei ohne Jugend, stelle ich fest: wir haben in der Sozialdemokratie 80 000 Mitglieder unter 25 Jahren und 220 000 unter 35 Jahren, und behaupte, daß weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten eine so hohe Zahl organisierter Mitglieder haben.“ — Auch auf der bis jetzt größten Tagung der Windthorstbünde sagte am 30. Mai 1931 in Essen der erste Bundesführer, Reichstagsabgeordneter Dr. Krone, in den letzten zwei Jahren habe sich das Verhältnis zwischen Partei und Jugend bedeutend gebessert. Die als Ergebnis des Essener Tages angenommene Entschließung zeigt keinerlei Radikalismus. Die Jugend bekennt sich „zur opferbereiten Mitarbeit“, um für Reich und Volk die „Grundlagen der Existenz“ und die „Durchführung der deutschen Befreiungspolitik“ sichern zu helfen. Ziel des politischen Strebens sei ein „christlicher, sozialer, deutscher Volkstaat“, der „gleichberechtigt unter den Völker“ die „hohen christlichen Kulturgüter“ gestalten und ein wahres Gemeinschaftsleben mit „den Kräften der christlichen Bruderverliebe und der sozialen Gerechtigkeit“ aufbauen solle („Germania“, Nr. 126, 2. Juni 1931).

Dr. Max Naumann vom Vorstande des Verbandes nationaldeutscher Juden hatte von Dr. Paul Fechter, Redakteur an der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, einen Vortrag über das Thema „Kunstbetrieb und Judenfrage“ erhalten. Mit dem Abdruck dieses Vortrages begann die „Deutsche Rundschau“ im Januar 1931 einen Meinungsaustausch, in dem von jüdischer Seite besonders folgende sachlich durchaus nicht

neue Behauptung Fechters angegriffen wurde: „Ein sehr großer Teil der Zentralen des Literatur- und Kunstbetriebes befindet sich in jüdischen Händen; die Theater, die großen Verlage, die großen Kunsthandlungen stehen zu einem Prozentsatz unter jüdischer Führung, der weit über das Verhältnis der Anzahl deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu den andern hinausgeht.“ Die „Literarische Welt“ brachte zur Widerlegung ein Verzeichnis von 50 großen deutschen Verlagshäusern, von denen 45 in christlichen Händen seien. Fechter entgegnete in der „Deutschen Rundschau“ (April 1931, S. 72 f.), zunächst seien acht ausgesprochen wissenschaftliche Verleger von der Liste zu streichen, denn das gestellte Thema laute „Kunstbetrieb und Judenfrage“. Ferner habe er bei vier von den „äußerlich“ christlichen „namentliche Kenntnis der jüdischen führenden Mitarbeiter und Geldleute“. Also stehe auch im Verzeichnis der „Literarischen Welt“ der Prozentsatz der Juden (22—25 %) weit über ihrem Bevölkerungsanteil. Die Berliner Theaterdirektoren seien, da Piscator keine Bühne mehr leite, ausschließlich Juden. — Zum Abschluß der ganzen Auseinandersetzung erklären Paul Fechter und der Herausgeber der „Deutschen Rundschau“ (Mai 1931, S. 164), es habe sich bei ihnen nicht um Anklage, sondern um Mitteilung von nationalen Gefühlen gehandelt, deren Wichtigkeit „in der heutigen Lage des Landes und der deutschen Menschen“ größer sei, als man von jüdischer Seite ohne weiteres zugestehen, über die man sich aber von Fall zu Fall so verständigen könne, daß „der Gedanke einer Gemeinschaft der anständigen Leute kein Traum zu bleiben“ brauche.

Zu der Bedeutung Calderons für unsere Zeit, die um den 25. Mai 1931, wo 250 Jahre seit seinem Tode verfloßen waren, von neuem erörtert wurde, ist unbeschadet einiger immer noch stark wirkender Aufführungen und einiger hervorragender Übersetzungen, unter denen die von Gürtler sicher eine der ersten einnimmt, im ganzen doch wohl das zu sagen, was der Frankfurter Romanist Helmut Haffeld in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ (Nr. 119, 24. Mai 1931) so ausdrückt: „Moderne Inszenierungen von Calderonstücken — ausgenommen die Umarbeitungen Hugos von Hofmannsthal — lösen selbst an den besten Theatern keine restlose Katharsis aus und behalten den Nachgeschmack von Seminarveranstaltungen. Die Sakramentsspiele im Rahmen von Spielschardarbietungen und katholischen Vereinsaufführungen hinterlassen peinliche Eindrücke: der Wille zu einer unangebrachten Erbauung um jeden Preis bei Spielern und Publikum läßt die wesentlichsten Imponderabilien übersehen und verfälscht, historisierend wider Willen, das religiöse Empfinden einer Zeit, die nicht wie der Barock das Heilige in einer popularisierten und dramatisierten Theologie sucht, sondern, wenn überhaupt auf dem Theater, höchstens in einer Dramatik (beispielsweise Claudels), welche den liturgischen, mystischen und sozialen Ansprüchen anders gearteter und empfindlicher gewordener religiöser Menschen antwortet. Solche Besinnung mag uns würdigstes und ehrlichstes Calderongedächtnis sein, Gedächtnis nämlich daran, daß der Dichter, dessen fremde Sprache uns heute so wenig mehr sagt, einmal seine Kunst in den Dienst der Kirche gestellt und das spanische Volk in der vor dreihundert Jahren verstandenen Sprache für den Glauben begeistert hat.“

Als Frucht jahrzehntelanger Forschungen legt der Wiener Universitätsprofessor Oswald Menghin eine „Weltgeschichte der Steinzeit“ (Wien 1931, Schroll) in einem Bande von 648 Seiten mit 1029 Abbildungen vor. Das Buch stellt die Urgeschichte im Sinne der Kulturkreislehre dar und leitet aus den aufeinanderfolgenden Kulturen der frühesten Menschen drei Stufen des Verhältnisses zur Natur ab: Kinderschaft, Bruderschaft, Herrschaft.

IV.

Über die Südpolarforschung der letzten Jahre, also die Reisen von Byrd, Wilkins, Mawson, Riiser-Larsen, gibt Professor Baschin von der Berliner Universität in den „Naturwissenschaften“ (17. April 1931, S. 323—341) einen Überblick. Er stellt fest,

daß diese amerikanischen, australischen und norwegischen Vorstöße große Erfolge gehabt haben, und sagt: „Die bisher erzielten Ergebnisse berechtigen zu der Hoffnung, daß in wenigen Jahren der Südpolarcontinent in seinen großen Zügen bekannt sein und er damit seine Rolle als letztes Betätigungsfeld für extensive geographische Forschung ausgespielt haben wird.“

Eine psychologische Seite der Polarforschung und schließlich aller schwierigen Unternehmungen wird merkwürdig durch einen Brief des Grazer Professors Alfred Wegener beleuchtet. Wegener hatte als junger Gelehrter auf dem Frankfurter Geologenkongreß im Jahre 1912 die Ansicht vorgetragen, unsere Festländer seien viele Kilometer dicke, in einer schweren Masse schwimmende Schollen, die sich je nach den treibenden Kräften ihrer Unterlage einander nähern oder voneinander entfernen könnten. Man schüttelte die Köpfe, aber in jahrelangen Kämpfen errang Wegener sich durch Widerlegung der Einwände immer mehr Zustimmung. Als er im Dezember 1929 vor einer neuen Polarfahrt stand, die ihm dann ja den Tod brachte, bot ihm die „Aeroarktit“ Flugzeughilfe an. In einem durch das „Berliner Tagblatt“ (Nr. 247, 28. Mai 1931) veröffentlichten Briefe an den Generalsekretär Walter Bruns lehnte Wegener dieses Angebot ab. Die Begründung ist überraschend: „Wir brauchen auf unserer Expedition die Suggestion, daß unsere Arbeit sowohl nach ihrer wissenschaftlichen Qualität wie in reiseteknischer Hinsicht eine Rekordleistung ersten Ranges ist. . . . Nur eine solche — objektiv gesprochen übertriebene — Wertung der eigenen Arbeit befähigt zu überrationalen Leistungen. Das gilt für jeden Sport. . . . Ich weiß von meinen früheren Grönlandreisen, daß alle großen Leistungen auch dort durch die gleiche Suggestion getragen werden. . . . Der Leiter der Expedition muß, wenn er seine Aufgabe richtig versteht, diese Suggestion bewußt nähren und darüber wachen, daß sie nicht erlischt.“ Wenn Flugzeuge über der Expedition schwebten, werde das Mißtrauen gegen die Zweckmäßigkeit des beschwerlichen Vordringens auf dem Erdboden bald die Fähigkeit zu harten Anstrengungen lähmen.

Die allzu oft übersehene Frage der sittlichen Erlaubtheit sehr gefährlicher Unternehmungen zu wissenschaftlichen — geschweige denn zu sportlichen — Zwecken klang vernehmlich aus einer Äußerung, die der schweizerische Professor Piccard von der Universität Brüssel nach seinem Stratosphärenflug in Obergurgl (Tirol) tat, als er den ihn umdrängenden Pressevertretern, unter denen sich auch der Sonderberichterstatter der „Augsburger Postzeitung“ befand, mündlich einen gemeinsamen Bericht gab. „Sie haben mich weiter gefragt“, sagte er, „ob ich nochmals einen Flug in die Stratosphäre unternehmen wolle. Ich sage Ihnen bestimmt: Nein. Ich habe eine Frau und mehrere Kinder. Man soll nicht zuviel riskieren. Ich habe den Flug unternommen, weil er mir ungefährlich schien. Jetzt habe ich erkannt, daß er doch weit gefährlicher ist, als ich annahm“ („Augsburger Postzeitung“ Nr. 123, 31. Mai 1931). Dieselbe Zeitung berichtete dann am 2. Juni: Piccard erklärte „unserem Redaktionsmitglied auf Befragen erneut mit aller Bestimmtheit, daß er nicht mehr in die Stratosphäre steigen werde“. Er habe das seiner Frau fest versprochen.

Ein „Alpines Handbuch“ in zwei Bänden mit Abbildungen und Karten, das der Deutsch-Österreichische Alpenverein bei Brockhaus in Leipzig herausgegeben hat, bietet nun allen Freunden der Alpen die Möglichkeit, sich durch eine große Zahl erlesener Fachleute über Bau, Wetter, Tiere, Pflanzen und Menschen dieser weiten Gebirgswelt zuverlässig unterrichten zu lassen.

Nach einer Statistik im letzten Bande von „Statesman's Yearbook“ (London 1931, S. XXI) waren am 1. Januar 1930 in England (ohne Irland, Schottland und Wales) 865 449 Automobile im Gebrauch, also kam auf je 30 Personen ein Automobil. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika kam trotz der auch dort gut ausgebauten Eisen-

bahnen schon auf je 4 Einwohner ein Motorfahrzeug irgend welcher Art. Frankreich hatte 902 160 Automobile, also je eins für 31 Personen, Belgien je eins für 57, die Schweiz je eins für 56 Personen. Deutschland besaß rund 432 000 Automobile, also eins auf je 99 Einwohner.

Über die Gefahren des Luftkrieges gibt der französische General Nessel in der „Nouvelle Revue des Jeunes“ (15. Mai 1931, S. 444—469) eingehende sachmännische Aufklärung. Die Bedrohung durch diesen Fortschritt der Technik wird von Tag zu Tag größer; aber auch die Abwehrmittel werden täglich verbessert. Schon jetzt ist der durchschnittliche Aktionsradius eines Bombenflugzeuges 400—500 Kilometer. Bei Tage trägt ein solches Flugzeug bis zu 500 Kilogramm Bomben, bei Nacht bis zu 2000 Kilogramm. Bomben von 100 Kilogramm zerschmettern ein ganzes Haus. Brandbomben entwickeln eine Hitze von 3000 Grad, so daß an Löschen mit Wasser nicht zu denken ist. Die Gasbomben sind zwar am meisten gefürchtet, richten aber, wenn für entsprechenden Schutz — Masken, Desinfizierungsmittel, gasfeste Räume — gesorgt ist, weit weniger Unheil an als die andern Bomben. Um ein Gebiet von einem Quadratkilometer vollständig zu vergasen, sind gegen 30 000 Kilogramm Gas erforderlich; bei manchen Gasen braucht man sogar das doppelte Gewicht. Dazu kommen die schweren Gasbehälter, so daß die zur Vergasung von Berlin erforderlichen Gasbomben eine Masse darstellen würden, zu deren Fortschaffung zehn Güterzüge zu je 500 Tonnen Ladung nötig wären. Die 2500 Flugzeuge, in denen diese Last untergebracht werden könnte, stehen längst nicht bereit. Bei Explosions- und Brandbomben ist zu bedenken, daß die Hälfte eines Stadtgebietes auf Straßen und Plätze kommt, und daß der Bombenabwurf sich bei weitem nicht so genau regeln läßt wie ein Kanonenschuß. Außerdem sind die Abwehrmittel gegen feindliche Flugzeuge — Schießwaffen und Scheinwerfer — so vervollkommen worden, daß unter zehn Flugzeugen in der Regel acht entdeckt und zerstört werden können. Aber die Abwehr muß genau organisiert sein: Beobachtung, Angriff, Verdunkelung der Lichter, Belehrung, Warnung, richtige Unterbringung und Ausrüstung der zu schützenden Bevölkerung erfordern ein geschultes Personal, das nach Hunderttausenden zählt, und das bereits vor dem Kriege bereit sein muß. Über ganz Frankreich wird ein Liniennetz mit einer Maschenweite von 40—50 Kilometer gezogen, und überall, wo sich zwei Linien schneiden, errichtet man einen Beobachtungsposten. Von allergrößter Wichtigkeit ist aber in jedem Falle und überall das Vertrauen der Bevölkerung, daß alle Vorkehrungen zu ihrem Schutze sorgfältig getroffen sind. Nun alle verantwortlichen Stellen ihre Schuldigkeit, so ist kein Anlaß zu größerer Beunruhigung als in der Kampfzone des Weltkrieges, wo man die Ruhe der Zivilbevölkerung wie der Truppe oft bewundert hat.

Jakob Overmans S. J.